

Beschluss des Landrats vom 27.08.2026

Nr. 1946

60. Für mehr Transparenz bei den Löhnen von Chef- und leitenden Ärzt:innen in Listenspitälern der Gesundheitsregion Basel

2025/306; Protokoll: pw

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Simon Tschendlik (Grüne) geht es weder um Klassenkampf, noch um Missgunst oder Geiz. Er gönnt den talentierten und engagierten Ärztinnen und Ärzten ein sehr gutes Salär. Es handelt sich um sehr anspruchsvolle Arbeit mit grosser Verantwortung und jahrelanger Ausbildung. Simon Tschendliks Vater ist selber Arzt und entsprechend ist ihm bekannt, was dieser alles erleiden musste im Alltag. Aber in einem System, das im Wesentlichen über Prämien und öffentliche Mittel finanziert wird, muss die Entlohnung verhältnismässig sein; und sie sollte auch so transparent sein, dass die Politikerinnen und Politiker faktenbasiert darüber diskutieren können. Seit Jahren wird über steigende Gesundheitskosten und Prämien gesprochen. Die Ursachen sind vielfältig: Demografie, medizinischer Fortschritt, Mengenausweitung, Tarif- und Fehlanreize, Infrastruktur, Administration, Medikamente etc. Es handelt sich um ein komplexes System, das auch den Redner manchmal überfordert. Gerade deshalb braucht es ein integrales, holistisches Bild und nicht nur Schlagworte. Zu diesem Bild gehören auch die Fragen, wie sich die Kaderlöhne und das Lohnsystem in Listenspitälern entwickeln, inklusive variablen Vergütungsbestandteilen und Vorsorgebeiträgen. Die Motion zeigt, was relevant ist. In vielen Spitälern machen die Löhne von Ärztinnen und Ärzten 18 bis 20 % des Gesamtaufwands aus. Schweizweit wird für Spitalärztinnen und Spitalärzte von einer jährlichen Lohnsumme von CHF 4,3 Mrd. ausgegangen, ohne Honorar der Belegärzte. Gleichzeitig sind Fälle von Chefärztinnen und Chefärzten bekannt, die sehr hohe Löhne erzielen. In Basel hat eine Statistik gezeigt, dass im Jahr 2017 21 von 41 Chefärztinnen und Chefärzten mehr als den damaligen Bundesratslohn verdient haben, also über CHF 500'000.–. Simon Tschendlik möchte keine Namenliste und keinen Pranger, im Gegenteil: Verlangt wird eine anonymisierte Lohnbahnbreite ohne Rückschluss auf einzelne Spitälern und mit einer sauberen Definition der Bestandteile (fix, variabel, Vorsorge). So kann auf der Systemebene Transparenz geschaffen werden.

Stefan Meyer (SVP) sagt, die SVP-Fraktion lehne die Überweisung des Vorstosses sowohl als Motion als auch als Postulat ab. Der Vorstoss klingt zwar nach mehr Transparenz, wogegen im Gesundheitswesen eigentlich niemand sein kann. Die SVP-Fraktion ist aber zur Überzeugung gelangt, dass der vorliegende Vorstoss überhaupt keine Transparenz schafft. Die Daten sollen anonymisiert und aggregiert veröffentlicht werden ohne Rückschluss auf einzelne Häuser. Private Häuser wie zum Beispiel die Hirslanden-Klinik arbeiten mit Belegarztsystemen, die mit einer solchen Statistik überhaupt nicht erfasst würden. Diese Ärztinnen und Ärzte erbringen einen grossen Teil ihrer Pensen im ambulanten Bereich. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Datenlücke, sondern es birgt auch ein Risiko für die öffentlichen Spitälern. Fallen die publizierten Löhne über die Zeit zu hoch aus, was vor allem die öffentlichen Spitälern betrifft, dann wächst entsprechend der Druck auf diese Häuser – zum Beispiel aufs KSBL. Dadurch wächst die Gefahr, dass die Attraktivität eines Hauses auf dem Arbeitsmarkt abnimmt, während die private Konkurrenz unbehelligt bleibt. Es würde eine Statistik geschaffen, die zwar Zahlen, aber kaum neue Erkenntnisse liefert. Dies ist auch im Kanton Bern ersichtlich, wo seit einigen Jahren solche Zahlen veröffentlicht werden, ohne dass daraus irgendwelche politischen Massnahmen hätten abgeleitet werden können.

Aus Sicht von Stefan Meyer hat der Kanton über die Genehmigung der Spitaltarife und die gemeinwirtschaftlichen Leistungen eine Möglichkeit, die Kostenentwicklung im Spitalwesen zu beeinflussen. Hier liegt ein wirksamer Hebel. Es ist aber nicht Aufgabe des Kantons, in die interne Mittelverteilung der Häuser einzugreifen und die Lohnstrukturen zu beurteilen.

Der Vorstoss ist kein taugliches Steuerungsinstrument, er schwächt tendenziell die öffentlichen Spitäler und schafft einen zusätzlichen administrativen Aufwand. Es wird gebeten, den Vorstoss abzulehnen.

Simon Tschendlik (Grüne) wandelt den Vorstoss in ein Postulat um. Weshalb ist der Vorstoss sinnvoll? Die Zahlen schaffen Vertrauen. Die Prämienzahlenden und Steuerzahlenden haben nämlich das Gefühl, dass niemand weiss, was in den oberen Vergütungsetagen passiert. Die Legitimation geht verloren, wenn dies einfach in einer Blackbox belassen wird. Zweitens wird das Steuerungswissen nicht mehr durch das Bauchgefühl heraus gewonnen, sondern basiert auf Transparenz. Ausreisser können eliminiert oder zumindest erkannt und die Lohnentwicklung kann verfolgt werden. Auf diese Weise können die richtigen Fragen gestellt werden. Zudem erlaubt die Zahlengrundlage eine Koordination in der Gesundheitsregion Basel, weil die die Spitalliste im Rahmen der GGR gemeinsam mit Basel-Stadt erfasst würde.

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) stellt fest, der Vorstoss sei in ein Postulat umgewandelt worden.

://: Bei einem Resultat von 38:38 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Vorstoss, auch nach der Umwandlung in ein Postulat, mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.
